inFranken.de

Haßberge

Wonfurter fordern Loacker-Stilllegung

25.07.2012 Von: Klaus Schmitt Fränkischer Tag

Verschmutzung Nach dem jüngsten Vorfall bei der Recyclingfirma Loacker in Wonfurt fordern Gemeinderäte erneut die komplette Stilllegung des Betriebes.

In einer Sondersitzung kommende Woche will die Kommune konkrete Schritte in die Wege leiten. Die Geduld der Gemeinderäte in Wonfurt scheint zu Ende zu sein. Sie wollen endlich Gewissheit darüber haben, dass von der Firma Loacker keine Gefährdung für Mensch und Umwelt mehr ausgeht. Es fielen deutliche Worte am Montagabend in der Sitzung des Gemeinderates im Rathaus, die die Zweite Bürgermeisterin Isolde Schuck (CSU) leitete.

Anlass für die neuerlichen Diskussionen war ein Vorfall am Abend des 18. Juli (Mittwoch). Damals war, wie beobachtet und auch mit Bildern dokumentiert wurde, Rauch oder Staub oder Dampf aus beiden Abluftkaminen der Firma, die Kabelschrott aufarbeitet, in die Luft gelangt. Bisher weiß niemand, wie das passieren konnte, und vor allem, was das war, das in die Umwelt geblasen wurde. Fest steht bisher nur, dass es offenbar keinen Brand in dem Unternehmen gegeben hatte, das seit Monaten wegen seiner Staub-Emissionen, die mit Giftstoffen belastet sein sollen, in der Kritik steht. Wegen dieser Umwelt-Belastungen darf die Firma derzeit nur Kabelschrott recyceln und keinen Elektroschrott mehr.

Matthias Köhler, der Wonfurter Betriebsleiter der Firma, konnte dem Gemeinderat keine Erklärung für den Vorfall vom 18. Juli geben. Er geht davon aus, dass es einen "ganz normalen" Stau im Schredder-Prozess gegeben habe, wie er mehrmals am Tag vorkomme. "Es gab diese Verstockung." Aber warum es zu sichtbaren Emissionen an den Abluftkaminen gekommen sei, konnte er nicht darlegen.

Sind Emissionen ein "ganz normaler Vorgang?"

Peter Werner, der Sprecher der Bürgerinitiative "Lebenswertes Wonfurt", der kein Gemeinderat ist, aber in der Montagssitzung ebenso wie Köhler Rederecht bekam, befürchtet, dass der Ausstoß vom 18. Juli ein "ganz normaler" Vorgang bei Loacker gewesen sei. Bisher sei immer von diffusem Staub oder von Brandfolgen die Rede gewesen; der Vorfall vom 18. Juli macht nach seiner Ansicht jedoch deutlich, dass Emissionen bei der Firma Loacker nicht außergewöhnlich seien. Das Unternehmen habe seine Produktion nicht im Griff.

Werner forderte ebenso wie Gemeinderat Karl Hellwig (Grüne) die Stilllegung des Unternehmens, bis die Gebäude komplett eingehaust seien und bis, wie Hellwig formulierte, eine funktionierende Filtertechnik installiert sei. Für Hellwig macht der Vorfall vom 18. Juli deutlich, dass die aktuellen Filter an beiden Abluftkaminen nicht ausreichen. Er argumentierte, dass die Betriebserlaubnis 2007 widerrechtlich erteilt worden sei, weil niemand wusste, was alles in die Umwelt gelangen könne. "Dieser Staub ist giftig", sagte er.

Gemeinderat Karl-Heinz Wagenhäuser (SPD/FW) verlangte darüber hinaus Messungen an den beiden Abluftkaminen, um zu erfahren, was aus der Firma in die Umgebung gelangt. "Das dient dem Schutz der Bevölkerung", unterstrich er, und helfe auch dem Unternehmen, um Sicherheit bei seiner Produktion zu bekommen.

Endlich Anträge einreichen

Noch eine weitere Forderung stellte Wagenhäuser auf: Die Firma Loacker solle endlich

die Anträge für bauliche (Einhausung) und technische Verbesserungen vorlegen, wie sie versprochen habe. "Das dauert zu lange", kritisierte er.

Wagenhäuser ist nicht der einzige, dem die Geduld ausgeht. "Wir werden vertröstet. Wir werden für dumm verkauft", schimpfte Peter Werner. Der Sprecher der Bürgerinitiative bedauerte, dass Versprechen nicht eingehalten und die Wonfurter Bürger hingehalten würden. Das werde sich aber ändern, kündigte er an. "Wir werden Geschütze auffahren", sagte er, ohne Details zu nennen.

Aus allen Redebeiträgen ging hervor, dass der Gemeinderat Wonfurt jetzt Taten statt Worte sehen will. Über einen Rechtsanwalt will die Gemeinde ihre Forderungen durchsetzen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung sprach der Gemeinderat über die Beauftragung eines Juristen, der die Belange der Gemeinde vertreten soll.

Es stellte sich die Frage, ob die Gemeinde ihre Forderungen mit der Aufsichtsbehörde, dem Landratsamt, durchsetzen soll oder gegen das Landratsamt. In dieser Frage gehen die Ansichten auseinander. Jedenfalls soll kommende Woche eine Sondersitzung des Gemeinderates zum weiteren Vorgehen stattfinden. Mit den Vertretern der Bürgerinitiative und des Landratsamts.

Weitere Berichte und einen Kommentar zum Thema finden Sie in der Mittwochsausgabe des Fränkischen Tages.

